

Laibacher Zeitung.



Nr. 65.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 21. März

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 h.

1866.

Amstlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. März d. J. dem Hof- und Präsidialsekretär des Staatsrathes Dr. August Batholi den Titel und Charakter eines Sektionsrathes und dem Staatsrathskonzipisten Eduard Rothmayer den Titel und Charakter eines Hofsekretärs allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat ein am Gymnasium S. Gervasio e Provasio zu Venedig erledigte Lehrstelle dem Gymnasiallehrer zu Rovigo Kajetan Oliva verliehen und die Gymnasialsupplenten Daniel Niccoboni und Anton Bassi zu wirklichen Lehrern für die lombardisch-venetianischen Gymnasien ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 21. März.

Die „Politik“ hat sich unlängst telegraphiren lassen, der Staatsminister befürworte, „um die Anfeindung der Regierung zu vermeiden,“ angeblich gegen den Widerspruch der ungarischen Regierungsmänner, die Vorlage der ungarischen Propositionen an die legale Vertretung diesseits der Leitha nach Einlangung der zweiten ungarischen Adresse. Die „Desterr. Ztg.“, indem sie das Agerneinte einer solchen Behauptung darzutun bestrebt ist, schreibt:

Nicht, daß wir es für nöthig erachteten, uns gegen den speziellen Inhalt dieser Mittheilung zu kehren. Denn wir dürfen einfach darauf hindeuten, daß die zweite ungarische Adresse — bis jetzt noch der Adressentwurf — irgend welche Propositionen nicht enthält und daß Graf Belcredi doch sicher nicht die Absicht haben kann, den legalen Vertretern der diesseitigen Kronländer Propositionen vorzulegen, welche gar nicht vorhanden sind. Und wir dürfen eben so einfach daran erinnern, daß, nachdem das kaiserliche Manifest mit den klarsten Worten die Vorlegung der Verhandlungsergebnisse mit Ungarn an die diesseitigen Landtage angeordnet hat und nachdem die gegenwärtige Regierung lediglich auf dem Boden dieses Manifestes steht, ein Meinungszwiespalt zwischen ihren ungarischen und nichtungarischen Mitgliedern über die Frage, ob und wann eine solche Vorlage zu erfolgen habe, gar nicht denkbar und möglich ist. Nicht also der positive Inhalt der einzelnen Mittheilung ist es, gegen den wir uns wenden.

Aber wohl scheint auch diese Mittheilung abermals zu bestätigen, daß wir es mit einer ganz bestimmten Tendenz zu thun haben, bald in dieser, bald in jener Form, mit Bewußtsein und Beharrlichkeit täglich neue verwirrende und beunruhigende Gerüchte auszustreuen. Wenn man aber damit gleichzeitig einen Zwiespalt zwischen den ungarischen und nichtungarischen Regierungsmännern zu konstatiren sich bemüht, so glauben wir mit unserer festbegründeten Ueberzeugung nicht zurückhalten zu sollen, daß diese Unterstellung sich als falsch erweisen wird und daß es keinen irgendwie wesentlichen Punkt gibt, in welchem nicht die gegenwärtige Regierung Sr. Majestät mit der Krone und unter sich vollständig einig wäre.

Was die Kriegsgerüchte anbelangt, die bisher nur geringen Glauben gefunden haben, so nehmen dieselben gegenwärtig, wie die „W. Abdpst.“ konstatirt, bereits größere Dimensionen an. Der „Allg. Ztg.“ wird geschrieben, daß Graf Bismarck mit seiner kriegerischen Politik mehr Anklang als bisher gefunden habe, daß gerade die maßgebendsten Kreise kriegerisch gesinnt seien, und es wird dabei angedeutet, daß die jüngste Verordnung gegen die „Augustenburger Umtriebe“ nicht ohne Beziehung auf diese Stimmung erlassen worden sei. Insofern sind die Angaben über militärische Maßnahmen Preußens, wenn sie auch im Einzelnen widerlegt werden mögen, als charakteristische Symptome aufzufassen. Der Nachricht, daß die Armirung der schlesischen Festungen im vollen Zuge sei, ist allerdings, jedoch nur mit der nicht sehr abschwächenden Einwendung entgegengetreten worden, daß die Festungen bereits vollständig armirt seien. Dagegen hat das Gerücht von einer Besetzung der durch Holstein führenden Etappenstraßen von preussischer Seite an Konsistenz gewonnen und nach einer Mittheilung des „Sam.-Korr.“ aus Berlin wäre in einer geheimen Sitzung der Ver-

liner Stadtverordneten am 15. d. M. eine Kommission wegen der mit einer eventuellen Mobilmachung zusammenhängenden Maßnahmen niedergesetzt worden. Endlich wird durch Privatdepechen aus Schleswig angekündigt, daß die preussische Regierung in den nächsten Tagen die Aushebung von Mannschaften in Schleswig anordnen werde, und die „Nationalzeitung“ fügt hinzu, daß die bisherigen Nachrichten über eine so wenig populäre Maßregel zwar stets dementirt worden seien, es sei indessen möglich, daß sie jetzt „im Zusammenhange mit anderen Schritten“ beschlossen worden sei. Wie viel von diesen Gerüchten durch die jüngste Haltung der ministeriellen Presse provoziert worden ist, lassen wir dahingestellt.

Die „Valer. Ztg.“ veröffentlicht ebenfalls Artikel über die Kriegsgefahr, in deren erstem sie den Nachweis führt, daß ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich rechtlich unmöglich sei. Der zweite Artikel kommt zu folgenden Ergebnissen:

„Ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich zerreißt das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit im deutschen Volke. Er ruft friedliche oder kriegerische Einmischung der auswärtigen Mächte hervor, wobei die deutschen Interessen unter allen Umständen beschädigt werden. Und das Recht Schleswig-Holsteins wird gerade durch diesen Krieg noch in höherem Grade gefährdet.“

„Wenn diese Betrachtungen richtig sind, so ergibt sich der Schluß, der daraus gezogen werden muß, von selbst. Ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen ist ein Nationalunglück, und es ist patriotische Pflicht für die Erhaltung des Friedens zu wirken.“

Die bevorstehenden Gemeinderathswahlen.

Laibach, 20. März.

N. Die Wählerlisten für die bevorstehenden Wahlen zur Ergänzung des Laibacher Gemeinderathes liegen bei dem Stadtmagistrat zur öffentlichen Einsicht auf und es ist die Frist zu allfälligen Reklamationen bis Ende März festgesetzt.

Indem wir die berechtigten Wähler auf diese Frist zur Wahrung des aktiven Wahlrechtes aufmerksam machen, glauben wir zugleich betonen zu sollen, daß es der wohlverstandenen Bürgerpflicht nicht angemessen wäre, bei den bevorstehenden Wahlen die Hände müßig in den Schoß zu legen und ruhig zuzusehen, wie rührige Minoritäten ihre Kandidaten in den Gemeinderath tragen. Man kann eben nicht behaupten, daß in den letzteren Jahren die Betheiligung an den Gemeinderathswahlen in Laibach eine sehr zahlreiche war, und mit Ausnahme des ersten Wahlkörpers, der noch am meisten mit gutem Beispiele voranging, erreichte die Betheiligung kaum die Hälfte, ja sogar kaum ein Dritteltheil der berechtigten Wähler, was durchaus nicht als ein günstiges Verhältniß bezeichnet werden kann. Dabei wollen wir von den Nachwahlen ganz absehen, bei welchen die Betheiligung nicht selten eine so geringe war, daß zwei bis drei Duzend Wähler genügte, um eine Wahl sicher zu stellen.

Diese Apathie der Wählerschaft in der Landeshauptstadt, die dem Lande als Muster dienen sollte, deutet auf wenig Verständniß für die Wichtigkeit des Aktes und führt zu manchen Unzukömmlichkeiten. Abgesehen davon, daß dadurch das Ansehen der Gemeindevertretung überhaupt leidet, so ist es für gewissenhafte und fähige Männer keineswegs einladend, sich gegenüber einer vorwaltenden Gleichgiltigkeit der Wähler um die Wahl in den Gemeinderath zu bewerben, während Denjenigen, die weder den Beruf noch die nöthige Vorbildung zur Funktion als Gemeindevertreter haben, die Aussicht auf einen wohlfeilen Triumph eröffnet wird. Durch die Gleichgiltigkeit der Wähler kann es dahin kommen, daß die Gemeindevertretung selbst dort, wo sie einhellige Beschlüsse faßt, nicht mehr die öffentliche Meinung hinter sich hat, was nichts weniger, als wünschenswerth ist.

Die Aufgabe der Gemeinderäthe ist es nicht, große politische oder staatsrechtliche Fragen zu lösen, und ihre Thätigkeit beschränkt sich mehr auf administrative und ökonomische — die Wohlfahrt der Kommune und ihrer Angehörigen berührende Fragen, gleichwohl aber dürften manche Erfahrungen der Neuzeit einen Fingerzeig geben, daß bei der Wahl der Gemeinderäthe weder Gleichgiltigkeit noch Leichtfertigkeit obwalten sollte. Die Kommunalvertretungen größerer Städte finden nämlich in neuerer Zeit fast überall ein besonderes Vergnügen darin, aus dem Rahmen ihres eigentlichen Wirkungskreises her-

auszutreten und hohe Politik zu treiben. Selbst Verfassungssysteme sind vor ihrem unmaßgeblichen Votum nicht sicher, und es ist demnach auch sehr begreiflich, daß sich die Mitglieder der Kommunalvertretungen nach dem Muster großer staatlicher Vertretungskörper in geschlossene politische Parteien gruppiren. Die unnatürliche Sucht, Politik und Partei zu machen, hat ihre unverkennbaren — der Kommunalverwaltung abträglichen Schattenseiten. Da die unüberwindliche Vorliebe für politische Großthaten in dem natürlichen Wirkungskreise der Stadtgemeinden nicht leicht ihre volle Befriedigung finden kann, so kommen die Kommunalvertreter nicht selten in die Versuchung, ganz kleinliche oder solche Angelegenheiten, die mit der Politik an und für sich nichts gemein haben, dazu zu bemühen, um Parteifragen zu schaffen und politisches Kapital daraus zu schlagen. Auf diese Weise werden mitunter die Besetzung irgend eines Dienstpostens, die Betheiligung irgend eines Beamten oder Lehrers mit einer Remuneration, die Verleihung einer Stiftung und dergleichen sonstige Angelegenheiten, die weitab von Politik liegen, je nach den bekannnten oder auch nur mutmaßlichen politischen Gesinnungen der betreffenden Bewerber zu politischen Parteifragen erhoben und das wahre Interesse der Kommune und der Kommunalkasse muß vor dem Partei-Egoismus in den Hintergrund treten.

Da ferner die Gruppierung der Kommunalvertreter in politische Parteien nicht leicht denkbar ist ohne eine wohlorganisirte Parteidisziplin, so ist es fast selbstverständlich, daß der Mehrzahl der Kommunalvertreter die jedem gefinnungstüchtigen Manne unwürdige Rolle zu fallen muß, in allen jenen wenn auch nicht politischen Angelegenheiten, denen ein Partei-Interesse unterschoben wird, keine eigene Meinung zu haben und der ausgeheilten Parole blindlings zu folgen. Diese unselbstständigen Nachbeter, deren gedankenlose Stimmen zumeist entscheidend in die Waagschale fallen, sind in den Kommunalvertretungen desto überflüssiger und gefährlicher, je mehr die Genußsucht vorwaltet, in Angelegenheiten Politik zu machen, die nicht politischer Natur sind.

Wir wollen übrigens keineswegs behaupten, daß die Gemeindevertretungen nicht in die Lage kommen können, politische Anschauungen kundzugeben, und daß demnach jede Bildung politischer Parteien in vorhinein bedenklich erscheine, im Gegentheil, wir finden es ganz natürlich, daß der Verhandlung über Fragen, die der Politik wirklich angehören, Jeder seiner nach Ueberzeugung gewählten Parteistellung getreu bleibe; wir müssen uns nur dagegen entschieden aussprechen, daß diese Parteistellung auf Angelegenheiten übertragen wird, die an und für sich nicht politische Parteisachen und somit nur objektiv mit Rücksicht auf das wahre Interesse der Kommune zu beurtheilen sind.

Wenn dieser allein richtige Standpunkt von Seite der Kommunalvertreter nicht eingehalten wird, so dürfte man sich nicht wundern, wenn dadurch die Beamten und vollziehenden Organe der Kommunen, welche bei allen ihren Funktionen pflichtgemäß über jeder Partei stehen sollen, sich vertheilen ließen, ein Verdienst darin zu suchen, daß sie sich ebenfalls als Parteiläufer geriren. Eine solche Vertheilung ihrer parteilosen Stellung wäre ohne Zweifel sehr zu bedauern, und noch bedauerlicher wäre es, wenn der Gedanke Raum finde, daß sie sich durch eine solche ihrer Dienstpflicht widerstrebende Parteistellung ein Anrecht auf einen Dank oder eine Anerkennung erwerben können.

Da wir wünschen müssen, daß sich unser Gemeinderath von den angedeuteten Abwegen stets fern halten möge, so müssen wir auch wünschen, daß in unseren Gemeinderath vor allen solche Männer gewählt werden, welche jedem Versuche widerstreben, aus Angelegenheiten, bei denen es sich rein um das Interesse und die Wohlfahrt der Stadtgemeinde handelt, politische Parteifragen zu machen, zugleich aber auch die nöthige Gefinnungstüchtigkeit und Charakterfestigkeit besitzen, sich nicht in eben solchen Angelegenheiten ohne eigene Ansicht oder mit Verleugnung derselben von Anderen ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Oesterreich.

Wien, 19. März

Die Situation zwischen Oesterreich und Preußen ist unverändert auf das Aeußerste gespannt. Diese Phrase ist in den letzten Tagen gewissermaßen zur Stereotypie geworden. Tagtäglich begegnen wir derselben in den Organen der verschiedensten Färbungen und Par-

teien. Im Uebrigen war, was das Thatsächliche anbelangt, selten eine Situation in so tiefes Geheimniß gehüllt. In Folge dessen war aber auch selten die Atmosphäre so bis zur Undurchdringlichkeit von Gerüchten erfüllt. Das Charakteristikum dieser Gerüchte ist allerdings der Krieg. Verschiedene Versionen von Truppenbewegungen gehen von Munde zu Munde, ja selbst der oberste Kommandant derselben im entscheidenden Momente wird bereits mit vieler Bestimmtheit genannt. Aber gestehen wir es offen, in den weiteren Kreisen sind die Stimmen in der Frage: ob Krieg oder Frieden, wohl zum Wenigsten gleich getheilt, und man sieht der Entwicklung der Dinge mit einer gewissen Ruhe, ja sogar mit einer gewissen Zuversicht entgegen, daß Preußen, welches die Situation so muthwillig zu einem Neuzustand gebracht, dies zu seinem eigenen Schaden gethan habe. Selbst unsere sonst so sensiblen finanziellen Kreise haben sich an die nordischen Fanfaronaden und deren nothgedrungenes südliches Echo bereits gewöhnt und verkehren in einer für die aufs äußerste gebrachten Situation sehr bemerkenswerthen Festigkeit.

Inmitten dieses etwas forzierten kriegerischen Troubles feiern die Thaten des Friedens nicht. So erschien heute in dem ungemein thätigen Verlage der Hofbuchhandlung Wilhelm Braumüller ein neuer interessanter Beitrag zur reichhaltigen Literatur über die unglückliche Königin Maria Antoinette. Dieser Band führt den Titel: Maria Antoinette, Joseph II. und Leopold II. Ihr Briefwechsel, herausgegeben von Alfred Ritter v. Arneth, ist gewissermaßen eine Fortsetzung und Ergänzung des Briefwechsels zwischen Maria Antoinette und Maria Theresia. Mit diesem Bande sind nach Angabe des Herausgebers die von Maria Antoinettes Hand vorhandenen Briefe, so weit sich deren Originale oder Kopien in Wien befinden, erschöpft. — In den betreffenden Kreisen spricht man davon, daß Herr Hofrath Auer, der bisherige Leiter der k. k. Staatsdruckerei, auf sein Ansuchen seines Dienstes enthoben und in den Ruhestand versetzt wurde.

In den künstlerischen Kreisen der Residenz hat man es mit großem Bedauern vernommen, daß die hübsche Idee: Mehul's Oper „Josef und seine Brüder“ mit der Stehle und dem Niemann in den Solopartien im hiesigen Redoutensaal zur Aufführung zu bringen, im letzten Augenblicke noch daran scheiterte, daß Fr. Stehle und Herr Niemann erst nach der Charwoche hier eintreffen können, da sie während derselben durch frühere Verpflichtungen in München und Berlin festgehalten werden. Es mag diese Notiz hier ihren Platz finden, da, wie ich höre, selbst aus den entfernten Provinzen Vormerkungen für dieses Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde hier eingegangen waren.

Wien, 18. März. Wir sind in der Lage, die Nachricht, Oesterreich habe ein Rundschreiben an die nichtdeutschen Mächte gerichtet, worin der bedrohliche Stand der Herzogthümerfrage besprochen und alle Verantwortlichkeit aus den durch das Vorgehen Preußens entspringenden Eventualitäten abgelehnt wird, vollständig bestätigen zu können. Wir können dieser Nachricht sogar noch beifügen, daß hier bereits von mehreren der vorgedachten Mächte Antworten durch die betreffenden Gesandtschaften eingelaufen sind, welche in anerkanntester Weise den Muth Oesterreichs hervorheben, mit so großer Ruhe und Festigkeit sich dem Gebaren Preußens gegenüber zu verhalten; Oesterreich erwerbe sich hiedurch ein hohes Verdienst um den für

Europa so nöthigen Weltfrieden. — Anlangend die Haltung der mittel- und kleindeutschen Staaten sind hier bereits von den meisten derselben, wenn auch nur in indirekter Weise, Erklärungen abgegeben worden, welche mit den österreichischen Anschauungen übereinstimmen. Es ist auf Grund verlässlicher Daten mit Zuversicht anzunehmen, daß, sobald ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen ausbricht, die meisten kleindeutschen Staaten nicht bloß neutral bleiben, sondern als Allirte Oesterreichs in den Reihen zu finden sein werden. (Frdbl.)

— 18. März. Nach verlässlichen Berichten aus München ist in der dortigen maßgebenden politischen Region ein Umschwung zu Gunsten einer ersten Verbindung mit Oesterreich eingetreten. Man scheint dort früher dem Gedanken einer Sonderstellung der Mittelstaaten gehuldigt zu haben, ist aber schließlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Idee nicht ausführbar ist und daß es rathsamer scheine, entschieden Partei zu ergreifen. (N. Frdbl.)

— Bei den Unterhandlungen, welche die Regierung derzeit mit mehreren Gemeinden bezüglich der Uebergabe eines Theiles des Polizeidienstes in die autonome Verwaltung führt, kommen mitunter recht eigenthümliche Divergenzen zu Tage. Die eine Gemeinde weigert sich, den ihr angebotenen Polizeidienst auf ihre Schultern zu nehmen, die andere wünscht, der Staat solle ihr die nöthigen Geldmittel an die Hand geben und ihre Autonomie gewissermaßen subventioniren, und wieder eine andere fühlt sich stark genug, noch weit mehr, als die ihr zur Verfügung gestellten Polizeifunktionen zu übernehmen. Was also den Einen als zu viel erscheint, finden die Anderen für zu wenig, und es fragt sich nur, ob nicht in beiden Fällen dasselbe opponierende Moment unterläuft. (Deb.)

West, 16. März. Der Artikel der „Const. Oesterr. Ztg.“ über die zweite Adresse hat hier in Kreisen, in welchen dieses Altkunststück den größten Anklang findet, einen sehr guten Eindruck gemacht — und erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Urheber und Anhänger der zweiten Adresse in dieser selbst nur eine „Rechtsverwahrung“ sehen, die um so energischer sein mußte, je aufrichtiger und bereitwilliger die im zweiten Alinea ausgedrückte Bereitwilligkeit ist, den an den Landtag gestellten Anforderungen nachzukommen. Diese Ansicht macht es auch sehr wahrscheinlich, daß die Debatten über den Entwurf noch im Laufe der künftigen Woche an die Magnatentafel gelangen und auch hier nach geringem Zeitaufwand erledigt werden dürfte. Daß in der Deputirtenversammlung bereits eine erkleckliche Anzahl von Rednern vorgemerkt ist, wird an der Sache wohl nichts ändern, und werden vielleicht einige, wie es scheint, bloß deshalb sprechen wollen, weil ihre Kommittenten von ihnen in der Zeitung noch nichts zu lesen bekommen haben, die Gelegenheit, sich auszuzeichnen wahrscheinlich wieder erst ein anderes Mal ergreifen können. — „Idol Tanuja“ vernimmt wohl ebenfalls, daß das Zentrum die Debatte möglichst abzukürzen wünscht, hört jedoch andererseits, daß längere Debatten nicht ausbleiben werden. Eben dasselbe Blatt sieht in der Magnatentafel lebhaften Debatten entgegen, weil ein großer Theil derselben die zweite Adresse mit der ersten Adresse der Magnaten für unvereinbar hält. — Auch der „Pester Lloyd“ bemerkt zu dem Artikel der „Const. Oesterr. Ztg.“, welchen er vollinhaltlich reproduziert: „Verstehen wir den Sinn dieser offiziellen Manifestation ganz, so unterstützt

sie die Erwartung unserer Abgeordneten, daß nämlich mit dieser Adresse das mit der Thronrede eingeleitete staatsrechtliche Plaidoyer vorläufig geschlossen und dieselbe kein neuerliches königliches Reskript zur Folge haben werde.“

Ausland.

Florenz, 14. März. Wie ich höre, fand hier unter Vorsitz Sr. Majestät des Königs ein Kriegsrath statt, dem zufolge beschlossen wurde, die zweiten Kategorien von 42, 43, 44 und die ersten und zweiten Kategorien von 45 und 46 einzuberufen. Ich gebe diese Nachricht mit allem Vorbehalt; in den Journalen, die mir zu Gesicht kamen, ist davon nichts gemeldet. Man will auch wissen, daß der König bei der gedachten Gelegenheit eine kriegslustige Stimmung gezeigt und dieselbe in begeisterten Worten zum Ausdruck gebracht habe. Auch höre ich, daß hier ein Theil der Garnison in den Forts abwechselnd konsignirt ist, da man von Seite der Mazzinisten eine Demonstration befürchtet. Ich glaube, daß diese Befürchtung vorläufig nicht begründet ist, weiß aber, daß von Seite der Republikaner und sonstigen Malfontenten alles Ernstes für den Namenstag der beiden Nationalheiligen Garibaldi und Mazzini eine lärmende Demonstration in Aussicht genommen wird. Vereinzelte Vorfälle, wie etwa Beschimpfung des Militärs und piemontesischer Beamten im Kriegsministerium mögen als schlimme Vorzeichen einer solchen Bewegung jene ersten Maßregeln veranlassen haben. — Gestern hat Se. k. Hoheit der Prinz Napoleon der Kammer Sitzung, die einen ungewöhnlich friedlichen Verlauf nahm, angewohnt. Bei seinem Erscheinen beeilten sich der Ministerpräsident, Marschese Peppi und Ratazzi, den Gast zu begrüßen. Zu dem heutigen Festmahl, das der Ministerpräsident zur Feier des Geburtstages des Königs ausrichten wird, ist auch der Prinz geladen. — Im heutigen „Apenino“ finden wir in der Rubrik „Stadt-Chronik“ folgende Notiz: „Municipale Antagonismen. Wir wollen nicht einem Theil mehr Schuld geben als dem andern. Es gilt hier nur die Thatsache, daß ein Theil des florentinischen Volkes aus unerklärlichem Mißverständnis fortfährt, die neu Angekommenen übel aufzunehmen. Wir müssen mit Schmerz auch heute wieder Gewaltthatigkeiten verzeichnen, die an Piemontesen verübt wurden. Wir appelliren nicht nach dem Beispiele gewisser Journale an die Prätur, die sich erst in derlei Angelegenheiten mengt, wenn es zu spät ist, sondern an die angeborne Höflichkeit des florentinischen Volkes und an das geheiligte Recht der Gastfreundschaft, von dem jeder Italiener in einer italienischen Stadt erfüllt sein sollte.“ — Ein Maueranschlag kündigt an, daß am 19. d. M. zur Feier der Wahl Mazzini's ein Meeting stattfinden wird.

Turin, 14. März. Es fehlt uns auch gegenwärtig nicht an aufreizenden Nachrichten; zu ihnen zählt die Meldung von der eigenthümlichen Haltung, welche das Parlamentsmitglied Cesare Cantu, bekanntlich der hervorragendste Geschichtsschreiber des modernen Italiens, in Rom beobachtete; dahin zählen die Schatten, welche die bevorstehenden Debatten über die Verifizierung der Wahl Mazzini's vorauswerfen, dahin der zwischen der Regierung und dem Municipium in Neapel ausgebrochene Konflikt, ferner die aus Genua und Livorno eintreffenden Nachrichten von Volksversammlungen, welche die Wahl Mazzini's in Schutz nehmen wollen. Alles

feuilleton.

Ein Kleinstädter über Bogumil Goltz.

Ein interessanter Besuch hat uns eben verlassen; der alte Herr mit der weißen Humboldtbinde, dem lebendigen Antlitz, mit der Adlernase und den fein geschnittenen, halb Spott, halb Bonhommie ausdrückenden Lippen, hat sein Kespult zusammengepackt, um den biederen Kärtnerern ein wenig Lebensweisheit zu predigen, und wir können jetzt unbefangen unsere Ansichten über ihn austauschen. Was sagen Sie, meine Gnädige, zu der „Naturgeschichte und Charakteristik der Frauen?“ — Ach, was soll ich dazu sagen, es ist eben ein Mann, der über unser immer unterdrücktes, unter Curer angemaßten Herrschaft schwachtendes Geschlecht den Stab bricht, der unser Theuerstes, unsere Treue und Beständigkeit, unser Visitemachen und Medisiren, unsere Krinolinen und unseren Kopfpug, ja sogar unsere Kindererziehung zum Gegenstande fader Witze macht, der uns sogar Geist abspricht! —

Das wäre allerdings schrecklich, aber hat der Mann, der seit 43 Jahren glücklich verheiratet, seit 4 Jahren auf literarischer Wandererschaft, und so rührend seine Sehnsucht nach dem heimischen Herd und der treuen waschenden, bügelnden und nähenden Gattin ausspricht, der Ihr interessantes Geschlecht unter allen Himmelsstrichen bewunderte und beobachtete, sich denn wirklich so tief an Ihnen versündigt? Hat er Ihnen nicht gesagt, daß in Ihnen alles harmonisch, weil alles natürlich ist; daß Sie es in der Liebe zur Virtuosität bringen,

während der Mann in ihr ein solcher Stämper ist, daß er auf immer verstummt, wenn ihm auch nur Eine Saite springt; daß Sie nie das Gleichgewicht verlieren, nie einen Faden fallen lassen, daß Sie ein ausgebildetes Krinolinenbewußtsein haben, daß wir Männer in Ihren Händen unsere ganze Besonnenheit, unsern Scharfblick, ja selbst unsern Egoismus verlieren? Hat er nicht Ihrer natürlichen Grazie, welche Sie auf einen Sessel nicht, wie uns, plumpen, sondern, ich weiß nicht wie, sich schieben läßt, Berechtigtheit widerfahren lassen? Hat er nicht das theils schöne und wahre, theils ein wenig frivole Wort gesprochen: Die Frauen sind die besten Theologen, als Mütter lehren sie uns beten, als Bräute öffnen sie uns den irdischen Himmel und als Frauen — vergeben sie uns unsere Sünden!? Sie schwanken bei diesen drei Sätzen zwischen erhabener Nahrung, befriedigter Selbstgefälligkeit und unangenehmen Reminiscenzen? Nicht wahr, meine Gnädige? Und die glühende Beschreibung der Polinnen, vom geistvollen Kopf mit den dunklen Augen, der feinen, biegsamen Taille, bis zu dem zierlichen Füßchen herab, mit allen auf ein Damenherz so anziehend wirkenden Details der Toilette.

Hm ja, das Detail ging weit genug, man mag schöne Füßchen bewundern, aber man muß sie nicht so genau beschreiben. . . . Also ein wenig Eifersucht, Madame, und Sie hätten doch wahrlich keinen Grund dazu, unser Gast erkannte ja Ihre Schönheit an, er wollte uns nur anschaulich machen, woher der so tief selbst in die Politik eingreifende Einfluß der Frauen in Polen komme, wie durch den Charakter der polnischen Frauen, durch ihre glühende Vaterlandsliebe, ihren sprühenden Geist, ihre südliche Lebhaftigkeit, in den Männern ein ritterliches Streben, eine ideale, im Leben und in der Politik alles wagende Richtung hervorgerufen werde?

— Ach, Ritterlichkeit in unserer Zeit, mein Herr! seit die Zigarre und das Billard, das Kneipen in den verschiedenen Turn-, Sängers- und anderen Vereinen uns unsere Männer entführen, seit wir auf den Bühnen wegen unserer die Mädchenzeit überdauernden Tanzlust uns Zurechtweisungen der älteren männlichen Jugend gefallen lassen müssen; nein, wir fordern keine ritterliche Liebe von unseren Männern, sie mögen uns hassen, wenn sie uns nur fürchten. . . .

Madame werden ein wenig gereizt, sollte Goltz vielleicht geirrt haben, als er von ihrer steten Harmonie, dem schönen Gleichgewicht Ihrer Seele sprach? —

Unsere Seele! von der schien Ihr deutscher Professor nicht viel zu wissen, er scheint die Ansicht der Orientalen zu theilen, die uns für ewig untergeordnete Wesen halten, bestimmt, die Männer in wohl gehüteten Harems zu ergötzen, ihre Kinder aufzuziehen und nach dieser thatenlosen Existenz im Paradies die Rolle von gefälligen, den immer begünstigten Männern aufwartenden Houris zu übernehmen. . . .

Genug, Madame, brechen wir ab, unser Vorleser hat in seinem ersten Vortrage starke Rezereien auf sein Gewissen geladen, wenn er nicht noch mehr ist, als ein Rezer, nämlich gar ein Jude, in welchem Falle unser Magistrat wohl sehr gefehlt hat, daß er unser so kostbar erkaufte Privilegium von Anno 1515 nicht hervorholte, — aber was sagen Sie zu den Schilderungen aus Egypten? Das Panorama Kairo's oder, wie unser Vorleser sagte, Kahira's, von dem buntbewimpelten Hafen, dem goldenen Nil zwischen grünen Ufern sich windend, einem Meere gleich, aus welchem hochgelegene Dörfer unter dem Schatten schlanker Palmen und hoher Sykomoren hervorragen, bis zur Hauptstadt, mit dem Gewähle